



Änderung des Gesetzes über die Kantonspolizei – Pro und Kontra

LINKS SO

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
189 · Ausgabe SO · August 2020



DER KANTONS RAT HAT IN DER MAISESSION MIT GROSSER MEHRHEIT DER GESETZESÄNDERUNG ZUGESTIMMT. GEGEN DIESEN BESCHLUSS HABEN DIE JUNGPARTEIEN (JUNGE SP REGION OLTEN, JUSO, JUNGFREISINNIGE, DIE JUNGE SVP) SOWIE EINZELNE VERTRETER*INNEN VON SVP UND FDP DAS REFERENDUM ERGRIFFEN. DIE UNTERSCHRIFTENSAMMLUNG LÄUFT BIS AM 31. AUGUST. BIS DANN MÜSSEN 1500 BEGLAUBIGTE UNTERSCHRIFTEN BEI DER STAATSKANZLEI EINGEREICHT WERDEN. KOMMT DAS REFERENDUM ZUSTANDE, GIBT ES DAZU VORAUSSICHTLICH IM NOVEMBER EINE VOLKSABSTIMMUNG. ANSONSTEN BESTIMMT DER REGIERUNGSRAT ÜBER DEN ZEITPUNKT DES INKRAFTTRETENS DER GESETZESÄNDERUNG. DIE SP-FRAKTION UNTERSTÜTZTE SIE GROSSMEHRHEITLICH. NICHTSDESTOTROTZ KOMMEN HIER BEIDE SEITEN ZU WORT.

Pro: Man soll nicht immer warten müssen, bis etwas passiert ist

Die Polizei hat verschiedene Aufgaben. Einerseits muss sie mögliche Straftaten erkennen und verhindern, also Prävention betreiben, andererseits muss sie begangene Straftaten, in Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaft, verfolgen. Für die präventive Arbeit braucht die Polizei entsprechende Instrumente. Die Polizeiarbeit soll effizienter und effektiver werden. Die verdeckte Vorermittlung soll neu nicht nur in öffentlichen Begegnungsräumen möglich sein, sondern auch in privaten Chatrooms und anderen nicht öffentlichen Bereichen. Möglich sein soll dies zur Verhinderung von 88 Straftatbeständen, bei denen nach begangener Tat laut Strafprozessordnung eine verdeckte Ermittlung auch erlaubt wäre. Es macht aus meiner Sicht Sinn, dass dieses Mittel zur Verhinderung von schweren Straftaten erlaubt wird. Man soll nicht immer warten müssen, bis etwas passiert ist.

Es braucht einen konkreten Anhaltspunkt, damit diese Massnahme vom Haftgericht überhaupt bewilligt wird. Andere Kantone handhaben dies weniger streng. Auch bezüglich Datenschutz geht der Kanton Solothurn weiter als andere Kantone. Nicht verwendbare Daten müssen nach einem Jahr gelöscht werden und es muss eine Berichterstattung an die Aufsichtsbehörde erfolgen. Hier von einem Polizeistaat und Stasi-Methoden zu sprechen, ist völlig verfehlt und verharmlost die wirklich passierten Stasi-Verbrechen.

Ein weiterer Punkt, welcher zu Diskussionen führt, ist, dass ein Teil der Kosten eines

Polizeieinsatzes bei einer Demonstration mit Gewaltausübung auf die VeranstalterInnen abgewälzt werden kann. Dies kommt nur bei unbewilligten Demonstrationen, oder wenn die VeranstalterInnen die Auflagen vorsätzlich oder grobfahrlässig nicht einhalten, zum Tragen. Zudem braucht es einen kausalen Zusammenhang zwischen dem Verhalten der VeranstalterInnen und dem Polizeieinsatz. Die Hürden sind also, zu Recht, sehr hoch.

Das ergänzte Gesetz ermöglicht eine Polizeiarbeit mit Augenmass, die notwendigen Hürden sind eingebaut und verhindern Willkür. Deshalb sage ich ohne Bedenken JA.

Nadine Vögeli, SP-Kantonsrätin
und Mitglied der Justizkommission

Kontra: Die Polizei bekommt praktisch freie Hand

Sicherheitsanliegen sind in einer freien, demokratischen Gesellschaft in erster Linie eine Güterabwägung: Es geht um Massnahmen, welche mehr Sicherheit versprechen und andererseits mit Sicherheit gewisse Freiheiten oder die Privatsphäre einschränken. Das liegt in der Natur der Sache, denn beides gleichzeitig beisst sich in der Regel. Also versuchen wir bei dieser Gratwanderung nicht auf die eine oder andere Seite abzurutschen, damit am Ende eine austarierte Lösung zustande kommen kann. Und um sicherzugehen, dass angeordnete Massnahmen dann auch recht- und verhältnismässig sind, um Missbrauch und Willkür der Staatsgewalt vorzubeugen, werden sie noch von den Gerichten geprüft und genehmigt.

Das neue Polizeigesetz wird diesen Grundsätzen aber nicht gerecht, denn bei den neu einzuführenden Instrumenten – namentlich der verdeckten Observation und der verdeckten Fahndung – verzichtet man praktisch auf die gerichtliche Überprüfung und gibt der Polizei freie Hand in der Anordnung und Durchführung einer Massnahme. Erst wenn eine Massnahme einen ganzen Monat angedauert hat und die Polizei die Massnahme aufrechterhalten möchte, muss sie eine Genehmigung dafür einholen. Vorher darf die Polizei, wenn andere Massnahmen aussichtslos sind, auf Verdacht oder präventiv selber aktiv werden. Und genau das empfinde ich als grundsätzlichen, systematischen Fehler: Wenn sich die Polizei der Kontrolle und Rechtfertigung entziehen kann.

Traditionell haben wir Sozialdemokraten uns immer sehr kritisch zu Kompetenzerweiterungen zu Gunsten der Institutionen mit Gewaltmonopol gestellt. Nicht von ungefähr: Setzten wir uns mit Nachdruck für gesellschaftliche Umwälzungen ein, waren wir die Ersten, welche die staatlichen Repressalien zu spüren bekamen. Oder wir wurden fichtiert, sobald jemand das sozialistische Feuer in uns vermutete. Alles zur präventiven Gefahrenabwehr und dergleichen. Gleichzeitig wissen wir, dass es keine totale Sicherheit geben kann, etwaige Einschränkungen zu Gunsten vermeintlicher Sicherheit aber immer real sind.

Simon Gomm, Kantonsrat junge SP und
Mitglied im Referendumskomitee

Aus dem Kantonsrat



Matthias Anderegg

Neues Mitglied in der Fraktion

Die 23-köpfige Fraktion SP/junge SP im Solothurner Kantonsrat hat ein neues Mitglied. Matthias Anderegg folgt auf den aus beruflichen Gründen per 31. Juli 2020 zurückgetretenen Naeder Helmy aus Solothurn. Matthias Anderegg ist verheiratet, hat zwei Kinder und ist Geschäftsführer von Anderegg Partner AG. Auf Stadtebene ist er u.a. Gemeinderat, Präsident der SP-Fraktion und Mitglied der Gemeinderatskommission. Wir wünschen Matthias in seiner neuen Funktion alles Gute, viel Erfolg und heissen ihn in der Fraktion herzlich willkommen.

Grenchen braucht zweiten Fernverkehrshalt!



Remo Bill, Grenchen, Kantonsrat

Der Kanton Solothurn und die Region Grenchen wehren sich gegen die Pläne des Bundesamtes für Verkehr, im neuen Angebotskonzept den Bahnhof Grenchen Süd nur stündlich mit dem Fernverkehr zu bedienen. Remo Bill, Vize-Stadtpräsident, Gemeinderat und Kantonsrat der SP, hat mit einem dringlichen, fraktionsübergreifenden Auftrag den Regierungsrat aufgefordert, sich mit allen Mitteln für einen halbstündlichen Fernverkehrshalt einzusetzen.

Ein Halbstundentakt am Bahnhof Grenchen Süd ist entscheidend für die Weiterentwicklung der Region Grenchen: Die regionale Verkehrsdrehscheibe versorgt ein Einzugsgebiet mit rund 60 000 Einwohnerinnen und Einwohnern und 30 000 Arbeitsplätzen bei Arbeitgebern wie ETA, Breitling, CSL Behring und zahlreichen KMUs. Auch der Bildungsstandort Grenchen mit BBZ, ZeitZentrum sowie der Höheren Fachschule für Technik Mittelland mit dem für 2023 geplanten Campus braucht eine gute Verkehrsanbindung.

Handlungsbedarf erkannt – auch beim Bund?

Die Gemeinden Grenchen, Bettlach und Lengnau erarbeiten zur Zeit gemeinsam mit dem Kanton ein Agglomerationsprogramm der vierten Generation für die Finanzierungsperiode 2024–2027. Mit diesem Programm wird der Bahnhof Grenchen Süd als Verkehrsknotenpunkt deutlich aufgewertet. Die Region Grenchen, weite Teile des Bucheggbergs und der Kanton Solothurn als Ganzes sind auf den zweiten Fernverkehrshalt angewiesen. Das haben die Region und der Kanton Solothurn erkannt: Sie setzen mit verschiedenen Interventionen ein Zeichen, das hoffentlich auch vom Bund erkannt und aufgenommen wird.

VORSTÖSSE VON MITGLIEDERN DER FRAKTION SP/JUNGE SP

Situation geflüchteter Frauen im Asylbereich



Nadine Vögeli, Hägendorf, Kantonsrätin

Analyse veröffentlicht, die die Situation von geflüchteten Frauen und Mädchen im Asylbereich aufzeigt. Die Situation in den Kantonen wurde durch eine Studie des Schweizerischen Kompetenzzentrums für Menschenrechte (SKMR) beleuchtet.

Die bundesrätliche Analyse hat gezeigt, dass auf Kantonsebene insbesondere in den Bereichen Umsetzung einer geschlechtersensiblen Unterbringung, Sensibilisierung der Mitarbeitenden und Information von Gewaltbetroffenen in den kantonalen Zentren sowie im Bereich Opferidentifikation und Zugang zu spezialisierten Angeboten Handlungsbedarf besteht. Laut der Antwort des Regierungsrates auf unsern Vorstoss sind die Empfehlungen in den kantonalen Betreuungstrukturen umgesetzt. Zusätzlich wird die Anstellung von Pflegefachpersonen diskutiert, um allfällige Gewaltopfer besser erkennen zu können. Im Bereich der Sozialregionen/Gemeinden ist die Situation unterschiedlich, es besteht teilweise Handlungsbedarf. Das ASO unterstützt hier fachlich.

Bei der Kommunikation zwischen Bund, Kanton und Gemeinden besteht noch Verbesserungspotenzial. Dies ist erkannt und wird durch das ASO angegangen.

Ganzer Text auf: www.nadinevoegli.ch

Viele Frauen und Mädchen werden auf der Flucht Opfer sexueller Gewalt. Sie werden traumatisiert und haben deshalb hinsichtlich ihrer Unterbringung und Unterstützung spezifische Bedürfnisse. Die Istanbul-Konvention verpflichtet die Vertragsstaaten deshalb, geflüchtete Frauen und Mädchen gendersensibel unterzubringen und zu betreuen. Zudem müssen sie dafür sorgen, dass Gewaltbetroffene erkannt werden und eine adäquate medizinische Behandlung sowie allgemeine Unterstützung erhalten. Der Bundesrat hat am 18. Oktober 2019 eine

Potenzialabklärung und Zugang zu Bildung

In den letzten Jahren flüchteten viele, vorwiegend sehr junge Menschen in die Schweiz, deren Bildung oft nicht den Anforderungen unseres Arbeitsmarktes entspricht. Der Kanton Solothurn hat das erkannt und will diese Personen rascher in die Arbeitswelt integrieren. Oft gehen aber vor allem diejenigen vergessen, die über den Familiennachzug in die Schweiz einreisen und bei keiner unterstützenden Institution gemeldet sind. Teilweise verfügen sie über eine gute Schulbildung und haben in ihrem Heimatland evtl. schon eine Ausbildung abgeschlossen.

Dabei sind es vor allem auch Frauen, welche einen erhöhten Bildungsbedarf haben. Wie also wird die Begleitung der jungen



Luzia Stocker, Olten, Kantonsträtin

Erwachsenen und wie der Zugang zur Bildung gewährleistet? Die Antwort der Regierung zeigt, dass sie den Bedarf erkennt und Massnahmen bereits ergriffen hat. Sie stützt sich vor allem auf das integrale Integrationsmodell mit der Potenzialabklärung und durchgehenden Fallführung. Dabei wird ein umfassender Ansatz verfolgt, der alle, unabhängig vom Aufenthaltsstatus, einbezieht. Das ist sehr begrüssenswert. Diese beiden Instrumente werden aber erst eingeführt und werden die Sozialdienste bei der Umsetzung sehr fordern. Es sind gute Ansätze, doch erst die Praxis wird zeigen, wie gut sie umgesetzt werden können. Nicht zufriedenstellend ist die Beantwortung der Frage nach den Stipendien. Diese werden in ungenügendem Mass gewährt und es ist keine Änderung der Praxis in Sicht. Da müssen wir dranbleiben, evtl. mit einem Auftrag.

Kleine und mittlere Einkommen endlich entlasten



Simon Bürki, Biberist, Kantonsrat und Vizepräsident der Finanzkommission

Die letzten Entlastungen wurden bei der Steuerrevision 2007 in erster Linie bei Personen mit höheren Einkommen gemacht. Obwohl schon damals die Steuerbelastung im interkantonalen Vergleich v. a. bei den klei-

neren und mittleren Einkommen höher war. In der Zwischenzeit hat sich die Situation im interkantonalen Vergleich verschärft. Eine Korrektur ist längst überfällig. Steuerpflichtige mit kleinen Einkommen zahlen im Kanton Solothurn deutlich mehr als der schweizerische Durchschnitt. Dass diese massive Mehrbelastung ausgerechnet Familien mit Kindern trifft, macht die Situation noch unerträglicher.

Im Rahmen der Steuervorlage STAF werden die tiefsten Einkommen bereits entlastet. Doch dies reichte der SP/junge SP nicht. Daher haben wir einen Auftrag für eine substanzielle Entlastung der kleinen und mittleren Einkommen eingereicht, der im Kantonsrat mit deutlichem Mehr überwiesen wurde.

Weil die Verbilligung der Krankenkassenprämien ein besonders effizientes Instrument ist, soll auch deren Erhöhung ein Teil der Entlastung sein. Die Effektivität kann durch die Modellausgestaltung zielgerichtet gesteuert werden. Kein anderes Instrument ist so flexibel und lässt sich Jahr für Jahr an die individuellen Verhältnisse anpassen.

Wald: Regierung und Kommission unterstützen die SP



Stefan Oser, Flüh, Kantonsrat

Aufgrund der Auswirkungen des Klimawandels, insbesondere der zunehmenden Trockenheit, leidet unser Wald enorm. Ganze Baumbestände der Buchen und Fichten werden verschwinden. Am Juranordfuss ist die Situation besonders beunruhigend. Daher hat unsere Fraktion, angeführt

von den «Dornecker-VertreterInnen» einen Vorstoss eingereicht, der den Regierungsrat beauftragt, die Waldbesitzer für die Wiederherstellung der beschädigten Waldflächen zusätzlich finanziell zu unterstützen. Baldmöglichst müsste mit neuen, trockenheitsresistenteren Baumarten aufgeforstet werden. Zudem soll dringendst die regionale Nutzung des zunehmenden Fallholz-Anteils als Energieträger wie auch als Baustoff verbessert werden.

Der Wald hat für uns eine enorme Bedeutung; ökologisch wie ökonomisch! Er ist der Lebensraum für unzählige Tier- und Pflanzenarten, übernimmt für uns existenzielle Funktionen wie die Produktion von Sauerstoff, wird oft und gerne als Erholungsgebiet genutzt, schützt vor Naturgefahren und filtert unser Grundwasser. Der Anteil des Waldes ist im Kanton Solothurn mit 40% der Gesamtfläche eher hoch – und dementsprechend gewichtig somit unser Anliegen. Erfreulicherweise haben die Regierung sowie die zuständige vorberatende Kommission dies erkannt und unterstützen unseren Auftrag klar.

Wahlen 2021: Basiskampagne und massiver Ausbau der digitalen Werbung

Zum vierten Mal setzt die Kantonalpartei für die kantonalen Wahlen vom 7. März 2021 auf eine Basiskampagne mit zwei Campaignern (120 Stellenprozent während 6 Monaten). Diesen Beschluss hat die Geschäftsleitung auf Antrag des Wahlausschusses gefällt. Wahrnehmbare Präsenz im öffentlichen Raum ist in Zeiten von Corona schwierig zu bewerkstelligen. Abstand halten, Desinfizieren von Händen und Unterschriftenmaterial macht die Sache alles andere als einfacher. Aus diesen Gründen werden wir die Basiskampagne modernisieren und die digitale Werbung massiv ausbauen.

Die Campaigner stellen sich hier vor – und am 21. Oktober am Parteitag in Zuchwil vor den Delegierten. Von Mitte September 2020 bis Mitte März 2021 sind sie zu je 60 % bei der Kantonalpartei angestellt. Wir wollen da weiterfahren, wo wir bei den letzten kantonalen Wahlen mit 4 Sitzgewinnen aufgehört haben.

Gemeinsam zum Erfolg

«Zweifle nie daran, dass eine kleine Gruppe engagierter Menschen die Welt verändern kann – tatsächlich ist dies die einzige Art und Weise, in der die Welt jemals verändert wurde.» Margaret Mead

Immer wieder beweist die Sozialdemokratische Partei den Gehalt dieses Zitats. Ich bin stolz darauf, seit 20 Jahren Teil unserer Bewegung von engagierten Frauen und Männern sein zu dürfen. In den letzten Jahren engagierte ich mich in verschiedenen Ämtern innerhalb der SP (Kantonsrat, Gemein-



Fabian Müller, Balsthal

derat, Vizepräsidium SP Kanton Solothurn). Ich freue mich riesig auf meine Aufgabe als Campaigner bei der SP Kanton Solothurn. Damit wir die kommenden Kantons- und Regierungsratswahlen erfolgreich bestreiten können, benötigen wir die Mithilfe aller unserer Mitglieder.

Wenn jede und jeder bis zu den Wahlen zwei ganze Tage für die SP reserviert, für eine Postkartenaktion, für eine Telefonaktion, für Gespräche mit Nachbarn und Freunden, zum Aufhängen von Plakaten oder Verteilen von Flyern, dann werden wir gemeinsam, als starkes Team, Erfolg haben. Hierbei zu helfen, zu motivieren, zu koordinieren, darauf freue ich mich, insbesondere auf all die Gespräche und Kontakte mit unseren Mitgliedern. Nur als starke Gemeinschaft können wir einen erfolgreichen Wahlkampf führen, um den Kanton Solothurn zukünftig für alle statt für wenige sozialer, ökologischer und nachhaltiger zu gestalten. Bis bald am Telefon oder beim persönlichen Kontakt.

Leidenschaft zum Beruf gemacht

Ich stamme ursprünglich aus Bellach, bin in der Umgebung von Solothurn aufgewachsen

und wurde im Kanton politisch sozialisiert. Für das Studium zog ich nach Zürich und freue mich nun, wieder in meinem Heimatkanton aktiv zu sein. Ich liebe es, Politik zu betreiben und über Politisches nachzudenken. Ich habe somit eine meiner Leidenschaften im Leben zu meinem Beruf gemacht, und diese Begeisterung, diesen Enthusiasmus dürft ihr von mir für die kommende Wahl erwarten. Ich wünsche mir, dass wir es schaffen, im Frühling einen politischen Sieg herbeizuführen. Die Voraussetzungen dafür sind alle vorhanden.

Die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie wichtig gesellschaftlicher Zusammenhalt ist. Die SP Kanton Solothurn verfügt über viele tolle und engagierte Mitglieder. Und wir zwei Campaigner werden uns gemeinsam mit euch voll dafür einsetzen, dass der Kanton Solothurn sozialdemokratischer wird! Ich mag es, Menschen zu motivieren und gemeinsam an einem grossen Projekt zu arbeiten. Politische Arbeit ist Arbeit aus Überzeugung. Mir ist wichtig, dass



Niels Kruse, Bellach

sich alle einbringen können, wie sie es vermögen. Ich mache aber auch gerne mal jemandem Dampf, wenn es der Sache hilft. Ich freue mich auf euch alle und auf unsere Zusammenarbeit.

Solidarität hochhalten

Die Corona-Pandemie hat gezeigt, was die SP schon immer wusste: Starke staatliche Institutionen, ein verlässliches soziales Sicherungsnetz und ein niederschwelliger Zugang zur Gesundheitsversorgung sind die beste Antwort auf eine Krise von diesem Ausmass.

Die Pandemie können wir nur gemeinsam überwinden, wenn niemand zurückgelassen wird. Das hatte ich als Vorsteherin des Departements des Innern in den letzten Monaten stets vor Augen. Wer in der momentanen Situation nach pauschalen Steuersenkungen oder Sparübungen ruft, rüttelt an bewährten und gerade jetzt für viele überlebenswichtigen Stützen der Gesellschaft.

Mit dem neuen Swisslosfonds-Gesetz, welches weiterhin Mittel

für Kultur und Sport sichern soll, und dem revidierten Justizvollzugsgesetz werden in den nächsten Wochen zwei politische Vorhaben im Parlament diskutiert, die mein Departement bereits vor der Pandemie beschäftigt haben. Das Amt für soziale Sicherheit fördert seit langem Leistungsfelder, die gerade jetzt unentbehrlich sind, wie die Freiwilligenarbeit oder die Budget- und Schuldenberatung. Die gesetzlichen Grundlagen zur Sicherung dieser Angebote durch die Gemeinden sind erarbeitet und durchlaufen den politischen Prozess. Mit dem integralen Integrationsmodell (IIM) soll die Integration aller



MEIN STANDPUNKT

Susanne Schaffner, Regierunsrätin und Vorsteherin des Departements des Innern
susanne.schaffner@ddi.so.ch

Ausländerinnen und Ausländer im Kanton in Zusammenarbeit mit den Gemeinden weiter gestärkt werden. Im Gesundheitsbereich ist das Angebot im Bereich der ambulanten Kinder- und Jugendpsychiatrie zu stärken. Ein viel diskutiertes Thema ist auch der Mangel an Hausärztinnen und Hausärzten. Neue Ideen sollen dazu beitragen, dass der Hausarztberuf für den Nachwuchs wieder attraktiver wird.

Wenn wir Lehren aus den vergangenen Monaten ziehen, halten wir die Solidarität hoch und tragen Sorge zu unseren Institutionen. Kanton und Gemeinden sollten Hand in Hand in die Gesundheitsversorgung, die Integration und die sozialen Netze investieren und damit in den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die soziale Gerechtigkeit für alle.